

N i e d e r s c h r i f t

**der 24. öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des
Hauptausschusses am 21.09.2011**

öffentlich

Ort: Stadthaus, Wappensaal,
Marktplatz 2,
06100 Halle (Saale),

Zeit: 16:05 Uhr bis 18:48 Uhr

Anwesenheit: siehe Teilnehmerverzeichnis

Anwesend sind:

Frau Oberbürgermeisterin Dagmar Szabados		
Herr Harald Bartl	CDU	
Frau Dr. Annegret Bergner	CDU	Teilnahme bis 17:21 Uhr
Herr Bernhard Bönisch	CDU	
Herr Hendrik Lange	DIE LINKE.	
Herr Dr. Bodo Meerheim	DIE LINKE.	
Frau Elisabeth Nagel	DIE LINKE.	
Frau Gertrud Ewert	SPD	
Herr Johannes Krause	SPD	
Frau Katja Raab	FDP	Teilnahme für Herrn Kley bis 18:21 Uhr
Herr Oliver Paulsen	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	
Herr Tom Wolter	MitBÜRGER für Halle	
Herr Egbert Geier	Beigeordneter	
Herr Uwe Stäglin	Beigeordneter	Teilnahme bis 17:49 Uhr
Herr Dr. Bernd Wiegand	Beigeordneter	
Herr Tobias Kogge	Beigeordneter	
Herr Wolfram Neumann	Beigeordneter	
Frau Anja Schneider	stellv. Protokollführerin	

Entschuldigt fehlen:

Herr Gerry Kley	FDP
-----------------	-----

zu 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit

Die 24. öffentliche Sitzung des Hauptausschusses wurde von **Frau Oberbürgermeisterin Szabados** eröffnet und geleitet.

Sie stellte die ordnungsgemäße Einladung sowie Beschlussfähigkeit fest.

zu 2 Feststellung der Tagesordnung

Frau Oberbürgermeisterin Szabados bat darum, folgende Tagesordnungspunkte von der Tagesordnung abzusetzen:

- TOP 5.1 Richtlinie der Stadt Halle (Saale) über die Gewährung von Zuwendungen zur Förderung der freien Kulturarbeit und für kulturelle Vorhaben
Vorlage: V/2011/09731
zurückgestellt durch Verwaltung
- TOP 5.1.1 Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Beschlussvorlage "Richtlinie der Stadt Halle (Saale) über die Gewährung von Zuwendungen zur Förderung der freien Kulturarbeit und für kulturelle Vorhaben" (Vorlagen-Nr.: V/2011/09731)
Vorlage: V/2011/09818
zurückgestellt
- TOP 5.1.2 Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Beschlussvorlage "Richtlinie der Stadt Halle (Saale) über die Gewährung von Zuwendungen zur Förderung der freien Kulturarbeit und für kulturelle Vorhaben" (Vorlagen-Nr.: V/2011/09731)
Vorlage: V/2011/09819
zurückgezogen durch Antragsteller
- TOP 5.1.3 Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Beschlussvorlage "Richtlinie der Stadt Halle (Saale) über die Gewährung von Zuwendungen zur Förderung der freien Kulturarbeit und für kulturelle Vorhaben" (Vorlagen-Nr.: V/2011/09731)
Vorlage: V/2011/09821
zurückgestellt
- TOP 5.1.4 Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Beschlussvorlage "Richtlinie der Stadt Halle (Saale) über die Gewährung von Zuwendungen zur Förderung der freien Kulturarbeit und für kulturelle Vorhaben" (Vorlagen-Nr.: V/2011/09731)
Vorlage: V/2011/09822
zurückgezogen durch Antragsteller

- TOP 5.1.5 Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Beschlussvorlage "Richtlinie der Stadt Halle (Saale) über die Gewährung von Zuwendungen zur Förderung der freien Kulturarbeit und für kulturelle Vorhaben" (Vorlagen-Nr.: V/2011/09731)
Vorlage: V/2011/09823
zurückgestellt
- TOP 5.1.6 Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Beschlussvorlage "Richtlinie der Stadt Halle (Saale) über die Gewährung von Zuwendungen zur Förderung der freien Kulturarbeit und für kulturelle Vorhaben" (Vorlagen-Nr.: V/2011/09731)
Vorlage: V/2011/09824
zurückgestellt
- TOP 5.1.7 Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Beschlussvorlage "Richtlinie der Stadt Halle (Saale) über die Gewährung von Zuwendungen zur Förderung der freien Kulturarbeit und für kulturelle Vorhaben" (Vorlagen-Nr.: V/2011/09731)
Vorlage: V/2011/09825
zurückgezogen durch Antragsteller
- TOP 5.1.8 Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Beschlussvorlage "Richtlinie der Stadt Halle (Saale) über die Gewährung von Zuwendungen zur Förderung der freien Kulturarbeit und für kulturelle Vorhaben" (Vorlagen-Nr.: V/2011/09731)
Vorlage: V/2011/09826
zurückgezogen durch Antragsteller
- TOP 5.1.9 Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Beschlussvorlage "Richtlinie der Stadt Halle (Saale) über die Gewährung von Zuwendungen zur Förderung der freien Kulturarbeit und für kulturelle Vorhaben" (Vorlagen-Nr.: V/2011/09731)
Vorlage: V/2011/09827
zurückgezogen durch Antragsteller
- TOP 5.1.10 Änderungsantrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM zur Richtlinie der Stadt Halle (Saale) über die Gewährung von Zuwendungen zur Förderung der freien Kulturarbeit und für kulturelle Vorhaben (Vorlage: V/2011/09731)
Vorlage: V/2011/09924
zurückgestellt

Zudem liegt hierzu ein weiterer Änderungsantrag vor; dieser wird ebenfalls zurückgestellt:

Änderungsantrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM zur Richtlinie der Stadt Halle (Saale) über die Gewährung von Zuwendungen zur Förderung der freien Kulturarbeit und für kulturelle Vorhaben (Vorlage: V/2011/09731)
Vorlage: V/2011/10105
zurückgestellt

- TOP 5.2 Richtlinie zur Förderung von Frauen- und Gleichstellungsprojekten, die kein ausschließlich soziales bzw. kulturelles Anliegen verfolgen
Vorlage: V/2011/09756
zurückgestellt durch Verwaltung
- TOP 5.2.1 Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Beschlussvorlage "Richtlinie zur Förderung von Frauen- und Gleichstellungsprojekten, die kein ausschließlich soziales bzw. kulturelles Anliegen verfolgen" (Vorlagen-Nr.: V/2011/09756)
Vorlage: V/2011/09933
zurückgestellt
- TOP 5.2.2 Änderungsantrag der Stadträtin Sabine Wolff (NEUES FORUM) zur Richtlinie zur Förderung von Frauen- und Gleichstellungsprojekten, die kein ausschließlich soziales bzw. kulturelles Anliegen verfolgen (V/2011/09756)
Vorlage: V/2011/09858
zurückgestellt
- TOP 5.2.3 Änderungsantrag der CDU-Fraktion zur Richtlinie zur Förderung von Frauen- und Gleichstellungsprojekten, die kein ausschließlich soziales bzw. kulturelles Anliegen verfolgen (V/2011/09756)
Vorlage: V/2011/09928
zurückgestellt
-
- TOP 5.3 Richtlinie für die Förderung des Sportes in der Stadt Halle (Saale) - Sportförderrichtlinie-
Vorlage: V/2011/09768
zurückgestellt durch Verwaltung
- TOP 5.3.1 Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Beschlussvorlage "Gemeinsame Förderrichtlinie - Änderungen in der Richtlinie für die Förderung des Sportes in der Stadt Halle (Saale) - Sportförderrichtlinie" (Vorlagen-Nr.: V/2011/09768)
Vorlage: V/2011/09878
zurückgezogen durch Antragsteller
- TOP 5.3.2 Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Beschlussvorlage "Gemeinsame Förderrichtlinie - Änderungen in der Richtlinie für die Förderung des Sportes in der Stadt Halle (Saale) - Sportförderrichtlinie" (Vorlagen-Nr.: V/2011/09768)
Vorlage: V/2011/09880
zurückgezogen durch Antragsteller
- TOP 5.3.3 Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Beschlussvorlage "Gemeinsame Förderrichtlinie - Änderungen in der Richtlinie für die Förderung des Sportes in der Stadt Halle (Saale) - Sportförderrichtlinie" (Vorlagen-Nr.: V/2011/09768)
Vorlage: V/2011/09881
zurückgezogen durch Antragsteller
-

- TOP 5.4 Richtlinie zur Förderung von Maßnahmen auf dem Gebiet der sozialen Arbeit in der Stadt Halle (Saale)
Vorlage: V/2011/09746
zurückgestellt durch Verwaltung
- TOP 5.4.1 Änderungsantrag der CDU-Fraktion zur Richtlinie zur Förderung von Maßnahmen auf dem Gebiet der sozialen Arbeit Halle (Saale) (V/2011/09746)
Vorlage: V/2011/09926
zurückgestellt
- TOP 5.4.2 Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Beschlussvorlage "Richtlinie zur Förderung von Maßnahmen auf dem Gebiet der sozialen Arbeit in der Stadt Halle (Saale)" (Vorlagen-Nr.: V/2011/09746)
Vorlage: V/2011/09841
zurückgezogen durch Antragsteller
- TOP 5.4.3 Änderungsantrag der Stadträtin Sabine Wolff (NEUES FORUM) zur Richtlinie zur Förderung von Maßnahmen auf dem Gebiet der sozialen Arbeit in der Stadt Halle (Saale) (V/2011/09746)
Vorlage: V/2011/09857
zurückgezogen durch Antragsteller
-

TOP 6.1 Antrag der FDP-Stadtratsfraktion zur Berücksichtigung der Instandhaltung der Brückenbauwerke im städtischen Haushalt
Vorlage: V/2011/09910
im Ausschuss für Finanzen, städtische participationsverwaltung und Liegenschaften am 20.09.2011 vertagt

TOP 6.2 Antrag der FDP-Stadtratsfraktion: Händelfestspiele wieder mit "Alternativ"-Festspielprogramm öffentlich machen!
Vorlage: V/2011/09802
gleiche Voten in den Fachausschüssen

TOP 6.3 Antrag der FDP-Stadtratsfraktion zur Einstufung der Saale als Restwasserstraße
Vorlage: V/2011/09803
im Ausschuss für Finanzen, städtische participationsverwaltung und Liegenschaften am 20.09.2011 vertagt

Hinsichtlich der Förderrichtlinien merkte **Frau Oberbürgermeisterin Szabados** an, dass diese vorerst noch im Ausschuss für Finanzen, städtische participationsverwaltung und Liegenschaften und danach im Hauptausschuss sowie Stadtrat behandelt werden.

Weiterhin liegen folgende Änderungen und Ergänzungen vor:

zu 5.6 Realisierung des Stadtbahnprogrammes Halle`25 Grundsatzbeschluss
Vorlage: V/2011/09954

Hierzu wurden seitens der Verwaltung Änderungen im Beschlussvorschlag vorgenommen.
Zudem liegt ein Änderungsantrag vor:

Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Beschlussvorlage "Realisierung des Stadtbahnprogrammes Halle `25 Grundsatzbeschluss" (Vorlage V/2011/09954)
Vorlage: V/2011/10106

Darüber hinaus gab **Frau Oberbürgermeisterin Szabados** bekannt, dass folgende Dringlichkeitsvorlage vorliege:

Teilnahme des Vorsitzenden des Stadtrates, Herrn Harald Bartl, an der offiziellen Delegation der Stadt Halle (Saale) in die Stadt Savannah, Georgia, Vereinigte Staaten von Amerika, in der Zeit vom 19.10.2011 bis 25.10.2011
Vorlage: V/2011/10107

Frau Oberbürgermeisterin Szabados begründete die Dringlichkeit. Der Stadtrat habe in seiner Sitzung im August 2011 dem Abschluss einer Städtepartnerschaft zwischen der Stadt Halle und der Stadt Savannah (Georgia, USA) zugestimmt. In dem Zusammenhang hatte sie darüber informiert, dass mit dem Abschluss der „Mühlenberg-Ausstellung“ in Savannah auch die Städtepartnerschaftsvereinbarung unterzeichnet werden sollte.

Zu diesem Zweck soll eine städtische Delegation einschließlich des Stadtratsvorsitzenden vom 19. bis 25. Oktober 2011 nach Savannah reisen.

Zudem merkte sie an, dass die Verwaltung die Vorlage aufgrund von erforderlichen Terminabstimmungen nicht fristgerecht einbringen konnte.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen zur Dringlichkeitsvorlage.

Abstimmungsergebnis zur Aufnahme auf die TO:
Vorlage: V/2011/10107

**mit mehr als 2/3-Mehrheit
einstimmig zugestimmt**

Die Vorlage wird unter TOP 5.7 behandelt.

Frau Oberbürgermeisterin Szabados kündigte an, unter dem TOP Mitteilungen über den Stand zum Widerspruch des städtischen Haushaltes 2010 im Zusammenhang mit der Verwendung der VNG-Mittel sowie über den Zukunftsfond zu informieren.

Weitere Änderungen und Anmerkungen zur Tagesordnung gab es nicht.

Frau Oberbürgermeisterin Szabados bat um Abstimmung der so geänderten Tagesordnung.

Abstimmungsergebnis zur geänderten Tagesordnung:

zugestimmt

Somit wurde folgende geänderte Tagesordnung festgestellt:

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit
2. Feststellung der Tagesordnung
3. Genehmigung der Niederschrift vom 24.08.2011
4. Bekanntgabe der in nicht öffentlicher Sitzung am 24.08.2011 gefassten Beschlüsse
5. Beschlussvorlagen
 - 5.1 *Richtlinie der Stadt Halle (Saale) über die Gewährung von Zuwendungen zur Förderung der freien Kulturarbeit und für kulturelle Vorhaben*
Vorlage: V/2011/09731 zurückgestellt
 - 5.1.1 *Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Beschlussvorlage "Richtlinie der Stadt Halle (Saale) über die Gewährung von Zuwendungen zur Förderung der freien Kulturarbeit und für kulturelle Vorhaben" (Vorlagen-Nr.: V/2011/09731)*
Vorlage: V/2011/09818 zurückgestellt
 - 5.1.2 *Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Beschlussvorlage "Richtlinie der Stadt Halle (Saale) über die Gewährung von Zuwendungen zur Förderung der freien Kulturarbeit und für kulturelle Vorhaben" (Vorlagen-Nr.: V/2011/09731)*
Vorlage: V/2011/09819 zurückgezogen
 - 5.1.3 *Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Beschlussvorlage "Richtlinie der Stadt Halle (Saale) über die Gewährung von Zuwendungen zur Förderung der freien Kulturarbeit und für kulturelle Vorhaben" (Vorlagen-Nr.: V/2011/09731)*
Vorlage: V/2011/09821 zurückgestellt
 - 5.1.4 *Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Beschlussvorlage "Richtlinie der Stadt Halle (Saale) über die Gewährung von Zuwendungen zur Förderung der freien Kulturarbeit und für kulturelle Vorhaben" (Vorlagen-Nr.: V/2011/09731)*
Vorlage: V/2011/09822 zurückgezogen
 - 5.1.5 *Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Beschlussvorlage "Richtlinie der Stadt Halle (Saale) über die Gewährung von Zuwendungen zur Förderung der freien Kulturarbeit und für kulturelle Vorhaben" (Vorlagen-Nr.: V/2011/09731)*
Vorlage: V/2011/09823 zurückgestellt
 - 5.1.6 *Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Beschlussvorlage "Richtlinie der Stadt Halle (Saale) über die Gewährung von Zuwendungen zur Förderung der freien Kulturarbeit und für kulturelle Vorhaben" (Vorlagen-Nr.: V/2011/09731)*
Vorlage: V/2011/09824 zurückgestellt
 - 5.1.7 *Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Beschlussvorlage "Richtlinie der Stadt Halle (Saale) über die Gewährung von Zuwendungen zur Förderung der freien Kulturarbeit und für kulturelle Vorhaben" (Vorlagen-Nr.: V/2011/09731)*
Vorlage: V/2011/09825 zurückgezogen

- 5.1.8 *Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Beschlussvorlage "Richtlinie der Stadt Halle (Saale) über die Gewährung von Zuwendungen zur Förderung der freien Kulturarbeit und für kulturelle Vorhaben" (Vorlagen-Nr.: V/2011/09731)*
Vorlage: V/2011/09826 zurückgezogen
- 5.1.9 *Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Beschlussvorlage "Richtlinie der Stadt Halle (Saale) über die Gewährung von Zuwendungen zur Förderung der freien Kulturarbeit und für kulturelle Vorhaben" (Vorlagen-Nr.: V/2011/09731)*
Vorlage: V/2011/09827 zurückgezogen
- 5.1.10 *Änderungsantrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM zur Richtlinie der Stadt Halle (Saale) über die Gewährung von Zuwendungen zur Förderung der freien Kulturarbeit und für kulturelle Vorhaben (Vorlage: V/2011/09731)*
Vorlage: V/2011/09924 zurückgestellt
- 5.1.11 *Änderungsantrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM zur Richtlinie der Stadt Halle (Saale) über die Gewährung von Zuwendungen zur Förderung der freien Kulturarbeit und für kulturelle Vorhaben (Vorlage: V/2011/09731)*
Vorlage: V/2011/10105 zurückgestellt
- 5.2 *Richtlinie zur Förderung von Frauen- und Gleichstellungsprojekten, die kein ausschließlich soziales bzw. kulturelles Anliegen verfolgen*
Vorlage: V/2011/09756 zurückgestellt
- 5.2.1 *Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Beschlussvorlage "Richtlinie zur Förderung von Frauen- und Gleichstellungsprojekten, die kein ausschließlich soziales bzw. kulturelles Anliegen verfolgen" (Vorlagen-Nr.: V/2011/09756)*
Vorlage: V/2011/09933 zurückgestellt
- 5.2.2 *Änderungsantrag der Stadträtin Sabine Wolff (NEUES FORUM) zur Richtlinie zur Förderung von Frauen- und Gleichstellungsprojekten, die kein ausschließlich soziales bzw. kulturelles Anliegen verfolgen (V/2011/09756)*
Vorlage: V/2011/09858 zurückgestellt
- 5.2.3 *Änderungsantrag der CDU-Fraktion zur Richtlinie zur Förderung von Frauen- und Gleichstellungsprojekten, die kein ausschließlich soziales bzw. kulturelles Anliegen verfolgen (V/2011/09756)*
Vorlage: V/2011/09928 zurückgestellt
- 5.3 *Richtlinie für die Förderung des Sportes in der Stadt Halle (Saale) -Sportförderrichtlinie-*
Vorlage: V/2011/09768 zurückgestellt
- 5.3.1 *Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Beschlussvorlage "Gemeinsame Förderrichtlinie - Änderungen in der Richtlinie für die Förderung des Sportes in der Stadt Halle (Saale) - Sportförderrichtlinie" (Vorlagen-Nr.: V/2011/09768)*
Vorlage: V/2011/09878 zurückgezogen
- 5.3.2 *Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Beschlussvorlage "Gemeinsame Förderrichtlinie - Änderungen in der Richtlinie für die Förderung des Sportes in der Stadt Halle (Saale) - Sportförderrichtlinie" (Vorlagen-Nr.: V/2011/09768)*
Vorlage: V/2011/09880 zurückgezogen

- 5.3.3 *Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Beschlussvorlage "Gemeinsame Förderrichtlinie - Änderungen in der Richtlinie für die Förderung des Sportes in der Stadt Halle (Saale) - Sportförderrichtlinie" (Vorlagen-Nr.: V/2011/09768)*
Vorlage: V/2011/09881 zurückgezogen
- 5.4 *Richtlinie zur Förderung von Maßnahmen auf dem Gebiet der sozialen Arbeit in der Stadt Halle (Saale)*
Vorlage: V/2011/09746 zurückgestellt
- 5.4.1 *Änderungsantrag der CDU-Fraktion zur Richtlinie zur Förderung von Maßnahmen auf dem Gebiet der sozialen Arbeit Halle (Saale) (V/2011/09746)*
Vorlage: V/2011/09926 zurückgestellt
- 5.4.2 *Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Beschlussvorlage "Richtlinie zur Förderung von Maßnahmen auf dem Gebiet der sozialen Arbeit in der Stadt Halle (Saale)" (Vorlagen-Nr.: V/2011/09746)*
Vorlage: V/2011/09841 zurückgezogen
- 5.4.3 *Änderungsantrag der Stadträtin Sabine Wolff (NEUES FORUM) zur Richtlinie zur Förderung von Maßnahmen auf dem Gebiet der sozialen Arbeit in der Stadt Halle (Saale) (V/2011/09746)*
Vorlage: V/2011/09857 zurückgezogen
- 5.5 Bestimmung des Verbandsrates der Stadt Halle (Saale) für den Planungsverband "Industriegebiet Halle - Saalkreis an der A14"
Vorlage: V/2011/10027
- 5.6 Realisierung des Stadtbahnprogrammes Halle`25 Grundsatzbeschluss
Vorlage: V/2011/09954
- 5.6.1 *Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Beschlussvorlage "Realisierung des Stadtbahnprogrammes Halle `25 Grundsatzbeschluss" (Vorlage V/2011/09954)*
Vorlage: V/2011/10106
- 5.7 Teilnahme des Vorsitzenden des Stadtrates, Herrn Harald Bartl, an der offiziellen Delegation der Stadt Halle (Saale) in die Stadt Savannah, Georgia, Vereinigte Staaten von Amerika, in der Zeit vom 19.10.2011 bis 25.10.2011
Vorlage: V/2011/10107
6. Anträge von Fraktionen und Stadträten
- 6.1 *Antrag der FDP-Stadtratsfraktion zur Berücksichtigung der Instandhaltung der Brückenbauwerke im städtischen Haushalt*
Vorlage: V/2011/09910 abgesetzt
- 6.2 *Antrag der FDP-Stadtratsfraktion: Händelfestspiele wieder mit "Alternativ"-Festspielprogramm öffentlich machen!*
Vorlage: V/2011/09802 abgesetzt
- 6.3 *Antrag der FDP-Stadtratsfraktion zur Einstufung der Saale als Restwasserstraße*
Vorlage: V/2011/09803 abgesetzt
7. schriftliche Anfragen von Stadträten

8. Mitteilungen
- 8.1 Stand Konjunkturpaket II
9. Beantwortung von mündlichen Anfragen
10. Anregungen

zu 3 Genehmigung der Niederschrift vom 24.08.2011

Frau Raab, FDP-Fraktion, fragte nach der zugesagten Antwort auf die mündliche Anfrage von Herrn Paulsen zur Förderschule am Jägerplatz.

Herr Wolter, Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM, teilte mit, dass er die Antwort der Verwaltung ebenfalls nicht erhalten habe.

Herr Kogge, Beigeordneter für Jugend, Schule, Soziales und kulturelle Bildung, wies darauf hin, dass die Antwort in der Stadtratssitzung am 31.08.2011 entsprechend der üblichen Verfahrensweise den Fraktionsgeschäftsführern sowie dem Fragesteller ausgehändigt wurde.

Herr Paulsen, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, merkte zu den Ausführungen von Herrn Beigeordneten Kogge an, dass die schriftliche Antwort der Verwaltung noch in das Ratsinformationssystem Session eingefügt werden müsse.

Zudem wäre in der Niederschrift vom 24.08.2011 die Aussage der Oberbürgermeisterin zur Förderschule am Jägerplatz (Seite 29) nicht vollständig. Die Oberbürgermeisterin habe ausgeführt, dass der Stadtrat über die Verfügung des Landesverwaltungsamtes hätte zeitnah informiert werden müssen und sie sich bei Herrn Beigeordneten Kogge über den Sachverhalt erkundigen werde. Er bat darum, dass die Niederschrift dahin gehend ergänzt werde.

Frau Oberbürgermeisterin Szabados sagte eine Prüfung und ggf. entsprechende Änderung der Niederschrift zu.

Herr Wolter, Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM, bezog sich auf den TOP 5.1 der Hauptausschusssitzung vom 24.08.2011 und wies darauf hin, dass er die von Herrn Beigeordneten Geier zugesagte Berechnungsgrundlage für das FAG bisher nicht erhalten habe.

Herr Geier, Beigeordneter für Finanzen und Personal, sagte zu, dies den Fraktionen am morgigen Tag zuzusenden.

Es gab keine weiteren Anmerkungen und Einwände gegen die Niederschrift der 23. öffentlichen Sitzung des Hauptausschusses vom 24.08.2011.

Die Mitglieder des Hauptausschusses genehmigten ohne förmliche Abstimmung die öffentliche Niederschrift der Sitzung vom 24.08.2011.

Protokollanmerkungen:

Die Aussage von Herrn Paulsen, dass die Antwort der Verwaltung zur Förderschule am Jägerplatz nicht im Ratsinformationssystem Session eingestellt sei, ist gegenstandslos. Die Antwort wurde bereits am 08.09.2011 in die Hauptausschusssitzung am 24.08.2011 als Dokument eingestellt und ist auch für die Bürger im Internet ersichtlich.

Hinsichtlich der unvollständigen Ausführungen der Oberbürgermeisterin zur Förderschule am Jägerplatz wird die Niederschrift vom 24.08.2011 auf Seite 29 wie folgt geändert:

„**Frau Oberbürgermeisterin Szabados** erklärte, dass bei derartigen Verfügungen grundsätzlich der Stadtrat zu beteiligen sei. Ihr wäre nicht bekannt, weshalb dies nicht erfolgt sei und keine Klage eingereicht wurde.

Frau Oberbürgermeisterin Szabados teilte mit, dass sie sich bei Herrn Beigeordneten Kogge über den Sachverhalt informieren werde und sagte eine schriftliche Beantwortung zu.“

zu 4 Bekanntgabe der in nicht öffentlicher Sitzung am 24.08.2011 gefassten Beschlüsse

Es lagen keine nicht öffentlich gefassten Beschlüsse vor.

zu 5 Beschlussvorlagen

zu 5.5 Bestimmung des Verbandsrates der Stadt Halle (Saale) für den Planungsverband "Industriegebiet Halle - Saalkreis an der A14" Vorlage: V/2011/10027

Es gab keine Wortmeldungen.

Beschlussvorschlag:

1. Die Stadt Halle (Saale) entsendet den Beigeordneten Herrn Uwe Stäglin als Verbandsrat in den Planungsverband „Industriegebiet Halle-Saalkreis an der A 14“.
2. Die Stadtratssitzung unter Punkt 2 und 3 der Vorlagen Nr. IV/2008/07670 vom 28.01.2009 haben weiter konkludent Bestand.

Abstimmungsergebnis:

mehrheitlich zugestimmt

zu 5.6 Realisierung des Stadtbahnprogrammes Halle`25 Grundsatzbeschluss

Vorlage: V/2011/09954

zu 5.6.1 Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Beschlussvorlage "Realisierung des Stadtbahnprogrammes Halle `25 Grundsatzbeschluss" (Vorlage V/2011/09954)

Vorlage: V/2011/10106

Frau Oberbürgermeisterin Szabados bat Herrn Beigeordneten Stäglin um Information zu den aus dem gestrigen Ausschuss für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften resultierenden Änderungen der Vorlage der Verwaltung.

Herr Stäglin, Beigeordneter für Planen und Bauen, ging auf den Diskussionsverlauf in der gestrigen Sitzung des Ausschusses für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften ein.

Anschließend bezog sich **Herr Beigeordneter Stäglin** auf den Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Der Beschlusspunkt 3 wurde seitens der Verwaltung übernommen, so dass dem Stadtrat zu seiner Sitzung im Oktober 2011 ein Beschlussvorschlag über ein Vorlagen- und Beschlusswesen bei Einsetzen eines Steuerkreises vorgelegt werde.

Der zweite Satz des Beschlusspunktes 1, dass das Ziel eine Förderung durch Bund und Land in Höhe von insgesamt 90 % sei, wäre hingegen nicht zweckmäßig. Ziel der Verwaltung sei es selbstverständlich, eine Förderung der Maßnahmen in Höhe von 90 % zu erreichen. Allerdings bestünde für die Jahre 2019 bis 2025 zum jetzigen Zeitpunkt keine definitive Sicherheit einer Finanzierung in Höhe von 90 %. Zudem sei der Stadtratsbeschluss dem Fördermittelgeber vorzulegen.

Weiterhin wies **Herr Beigeordneter Stäglin** darauf hin, dass bei den geplanten Maßnahmen der Stadtrat über die Beschlussfassung zum Haushalt sowie über die Festlegung von Investitionsprioritäten auch weiterhin beteiligt werde.

In Anbetracht dessen bat **Herr Beigeordneter Stäglin** darum, der Vorlage der Verwaltung in der geänderten Form zuzustimmen, um eine konkrete Antragstellung beim Bund und Land vornehmen zu können.

Abschließend merkte **Herr Beigeordneter Stäglin** an, dass nach dieser Beschlussfassung möglicherweise eine Art Linienbeschluss zu den drei Stufen des Stadtbahnprogramms und danach die Gestaltungsbeschlüsse für die einzelnen Maßnahmen gefasst werden.

Herr Dr. Meerheim, Fraktion DIE LINKE., fragte nach den Gründen, weshalb seitens der Verwaltung im Beschlusspunkt 1 der zweite Satz:

„... Die Stadtverwaltung wird beauftragt, die jeweiligen Eigenmittel in den Haushalt einzuplanen.“

gestrichen wurde. Seines Erachtens müssten mit dem Haushaltsplan für das Jahr 2012 die finanziellen Mittel für die Folgejahre vorsorglich eingestellt werden.

Herr Stäglin, Beigeordneter für Planen und Bauen, antwortete, dass für den städtischen Anteil nach rechtlichen Möglichkeiten gesucht werde, um die Mehrwertsteuer nicht begleichen zu müssen. Der Begriff „Eigenmittel“ ziehe die Thematik Mehrwertsteuer zwangsläufig nach sich. Aus diesem Grund wurde die Vorlage dementsprechend geändert und derzeit zusammen mit der HAVAG die Wirtschaftlichkeit der einzelnen Maßnahmen geprüft.

Darüber hinaus wies **Herr Beigeordneter Stäglin** darauf hin, dass eine gesicherte Finanzierung nur vorhanden sei, wenn die entsprechenden Eigenmittel eingestellt werden. Demzufolge sei die Formulierung zur Planung der Eigenmittel nicht zwingend notwendig.

Frau Oberbürgermeisterin Szabados fügte hinzu, dass der ursprüngliche Beschlussvorschlag der Verwaltung gegenüber dem Fördermittelgeber nicht zielführend gewesen sei. Sie brachte zum Ausdruck, dass die Formulierung im Beschlusspunkt 1

„... unter der Voraussetzung einer gesicherten Finanzierung.“

auch bedeute, dass die entsprechenden Eigenmittel in den jeweiligen Haushaltsplan eingestellt werden. Zudem halte man sich mit dieser Formulierung möglicherweise einen steuerrechtlichen Vorteil vor.

Frau Oberbürgermeisterin Szabados fragte, ob die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN nach den Ausführungen der Verwaltung ihren Änderungsantrag weiterhin aufrechterhalten wolle.

Herr Paulsen, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, brachte zum Ausdruck, dass er dasselbe Ziel verfolge. Er halte dennoch den Änderungsantrag seiner Fraktion aufrecht, da die bisherigen vorgelegten Planungen immer explizit die Förderung in Höhe von 90 % als Kalkulation beinhaltet haben. Vor diesem Hintergrund sollte dies im Beschlusstext enthalten sein und wäre mit der vorgeschlagenen Formulierung auch unschädlich.

Hinsichtlich des Beschlusspunktes 3 des Änderungsantrages seiner Fraktion gab **Herr Paulsen** bekannt, dass dieser erledigt sei, da er von der Verwaltung übernommen wurde.

In Bezug auf den Beschlusspunkt 4 erklärte **Herr Paulsen**, dass die Finanzierung durch die Stadtwerke eine wichtige Grundlage darstelle. Aufgrund dessen sollte explizit auf die Interessen der Stadtwerke Rücksicht genommen werden und diese nicht in ihrer Leistungsfähigkeit beeinträchtigt werden. Insofern sollten die Stadtwerke zu den jeweiligen Maßnahmen eine Wirtschaftlichkeitsberechnung aus betriebswirtschaftlicher Perspektive vorlegen.

Herr Krause, SPD-Fraktion, machte deutlich, dass der Beschlusspunkt 4 des Änderungsantrages aus seiner Sicht nutzlos und keineswegs zielführend wäre. Es sei Aufgabe des Aufsichtsrates der Stadtwerke, über die Wirtschaftlichkeit der Maßnahmen zu entscheiden. Ein Beschluss des Stadtrates dahin gehend wäre für die Stadtwerke nicht bindend.

Frau Raab, FDP-Fraktion, fragte nach der Notwendigkeit des Beschlusspunktes 4 des Änderungsantrages. Sie wies darauf hin, dass erst nach Prüfung der Finanzierungsmöglichkeiten über die Umsetzung der Maßnahmen entschieden werde. Aus diesem Grund wurde seitens der Stadtwerke darum gebeten, vorerst lediglich einen Grundsatzbeschluss zu fassen. Zudem werden die einzelnen Maßnahmen auch in den jeweiligen Aufsichtsratsgremien beraten.

Herr Dr. Meerheim, Fraktion DIE LINKE., teilte mit, dass er dem Änderungsantrag in der gestrigen Sitzung des Ausschusses für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften zugestimmt habe und begründete dies. Der Stadtrat sollte neben dem Aufsichtsrat Herr des Verfahrens bleiben, um bei dieser bedeutenden Maßnahme über einen längeren Zeitraum immer über den aktuellen Sachstand informiert zu sein.

Herr Krause, SPD-Fraktion, schloss sich der Aussage von Herrn Dr. Meerheim an, dass der Stadtrat auch weiterhin Herr des Verfahrens sein sollte. Dies sei aber mit der gewählten Verfahrensweise der Verwaltung gewährleistet.

Im Beschlusspunkt 4 des Änderungsantrages ginge es aber um die Darstellung der Wirtschaftlichkeitsberechnung. Dies wäre eine originäre Aufgabe des Aufsichtsrates der Stadtwerke. Sollte dieser die Unwirtschaftlichkeit einer Maßnahme feststellen, sei dazu kein Stadtratsbeschluss erforderlich.

Herr Stäglin, Beigeordneter für Planen und Bauen, brachte zum Ausdruck, dass die jeweiligen Maßnahmen mit den entsprechenden Unternehmen abgestimmt werden. Sollte die Unwirtschaftlichkeit einer Maßnahme festgestellt werden, erfolge seitens des Aufsichtsrates auch keine Zustimmung.

Insofern wäre die Intention des Beschlusspunktes 4 des Änderungsantrages im Beschlusspunkt 3 der Vorlage der Verwaltung enthalten, da das Vorlagen- und Beschlusswesen die zeitliche Beschlussfassung der jeweiligen Maßnahmen beinhalte.

Frau Raab, FDP-Fraktion, fragte, ob die einzelnen Bauabschnitte einschließlich der gesamten Projektierung dem Stadtrat separat zur Beschlussfassung vorgelegt werden und in diesem Zusammenhang die Möglichkeit bestünde, die Wirtschaftlichkeit der jeweiligen Tochterunternehmen der Stadtwerke zu berücksichtigen.

Herr Stäglin, Beigeordneter für Planen und Bauen, machte darauf aufmerksam, dass die HAVAG die Maßnahmenträgerschaft erhalten soll und somit federführend für die Ausschreibung und Umsetzung sei. Damit sowohl Verwaltung als auch Stadtrat weiterhin in das Verfahren einbezogen werden, soll der Gestaltungsbeschluss gefasst werden.

Darüber hinaus wäre die Beschlussfassung zur Ausführung der einzelnen Maßnahmen durch den Stadtrat vorgesehen, so dass die gestalterische Beteiligung gegeben sei. Die Finanzierung werde seitens des Stadtrates durch Beschlussfassung des Haushaltes sichergestellt.

Herr Paulsen, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, schloss sich den Ausführungen von Herrn Dr. Meerheim an und machte deutlich, dass die Gesamtverantwortung für die jeweiligen Maßnahmen der Stadtrat mit seinen Beschlussfassungen trage.

Weiterhin merkte **Herr Paulsen** an, dass mit dem Beschlusspunkt 4 des Änderungsantrages seiner Fraktion nicht die Aufgaben des Aufsichtsrates berührt werden. Hier sollen lediglich zusätzliche Informationen zur Verfügung gestellt und nicht die Aufgaben des Aufsichtsrates übernommen werden.

Es habe sich herausgestellt, dass die Finanzierung über die Stadtwerke bisher noch nicht sichergestellt sei. In Anbetracht dessen und vor dem Hintergrund einer umfänglichen Darstellung und Transparenz halte er die Vorlage einer Wirtschaftlichkeitsberechnung zu den einzelnen Maßnahmen für notwendig und unproblematisch. Er könne nicht nachvollziehen, weshalb die Verwaltung diesen Beschlusspunkt vehement ablehne.

Frau Oberbürgermeisterin Szabados wies darauf hin, dass entsprechend des Wirtschaftsplanes der Stadtwerke die Transparenz gegeben sei. Dort wäre die wirtschaftliche Darstellung und Finanzierung von Maßnahmen enthalten.

Der Beschlusspunkt 4 des Änderungsantrages ziele allerdings darauf ab, dem Stadtrat zur Beschlussfassung relevanter Einzelmaßnahmen auch jeweils eine Wirtschaftlichkeitsberechnung aus betriebswirtschaftlicher Perspektive der Stadtwerke vorzulegen. Das bedeute, dass letztendlich der Stadtrat über den Wirtschaftsplan der Stadtwerke entscheiden wolle. Dies wäre nicht möglich, da das entsprechend des Gesellschaftsvertrages Aufgabe des Aufsichtsrates sei.

Herr Bönisch, CDU-Fraktion, bezog sich auf den Diskussionsverlauf der gestrigen Sitzung des Ausschusses für Finanzen, städtischeeteiligungsverwaltung und Liegenschaften. Mit der geänderten Vorlage der Verwaltung wurde der Diskussion in der gestrigen Sitzung Rechnung getragen, in dem ein Vorlagen- und Beschlusswesen vorgelegt werden soll. Im Zuge dessen bestünde die Möglichkeit zu entscheiden, inwieweit der Stadtrat eingebunden werde. Zudem sei die Beteiligung des Stadtrates gesetzlich geregelt.

Seines Erachtens wäre der Beschlusspunkt 4 des Änderungsantrages strittig und ein Vorgriff auf den Beschlusspunkt 3. Es sollten nicht einzelne Punkte herausgegriffen werden. Demzufolge bat er Herrn Paulsen, den Beschlusspunkt 4 zurückzuziehen.

Aus vorgenannten Gründen gab **Herr Bönisch** bekannt, dass er der Vorlage der Verwaltung in der vorliegenden Fassung zustimmen werde, da er auch im Beschlusspunkt 1 die Aussage einer 90 %igen Förderung für nicht notwendig erachte.

Herr Wolter, Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM, ging auf die Problematik der betriebswirtschaftlichen Betrachtung ein. Die Aufsichtsräte haben das Recht und die Pflicht die betriebswirtschaftlichen Folgen ihrer Unternehmen zu kontrollieren. Dennoch sei man bei möglichen betriebswirtschaftlichen Auswirkungen in Umsetzung des Stadtbahnprogramms gesamtstädtisch betroffen. Aus diesem Grund sei es Wunsch des Stadtrates, in der Gesamtheit der Maßnahmen beteiligt zu werden.

Seiner Auffassung nach sollte zum jetzigen Zeitpunkt ein Beschluss ohne den Beschlusspunkt 4 gefasst werden. Es sollte die Vorlage des Vorlagen- und Beschlusswesens abgewartet werden; in dem Zusammenhang wäre die Einbringung des Beschlusspunktes 4 als Änderungsantrag zielführender.

Abschließend merkte **Herr Wolter** an, dass er den ersten Satz des Beschlusspunktes 4 des Änderungsantrages als selbstverständliche Aufgabe der Oberbürgermeisterin erachte.

Frau Oberbürgermeisterin Szabados erläuterte nochmals die Intention des Beschlusspunktes 3 der Vorlage der Verwaltung. Dazu werden mit den städtischen Unternehmen Abstimmungsgespräche geführt und deren Belange berücksichtigt, welche anschließend dem Stadtrat vorgelegt werden.

Insofern sei der Beschlusspunkt 4 lediglich als Anregung zu betrachten. Dieser werde von der Intention her bei der Erarbeitung des Vorlagen- und Beschlusswesens einbezogen, um rechtskonform mit den Gesellschaftsverträgen der jeweiligen Unternehmen über die Vorlage abstimmen zu können.

Herr Paulsen, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, machte nochmals deutlich, dass der Beschlusspunkt 4 nicht darauf abziele, über die Wirtschaftlichkeitsberechnung abstimmen zu wollen. Diese soll - wie soeben auch von der Oberbürgermeisterin mündlich zugesagt - lediglich zu den Unterlagen der jeweilig zu beschließenden Maßnahmen hinzugefügt werden. Insofern sei der Beschlusspunkt 4 nicht schädigend.

Frau Oberbürgermeisterin Szabados wies darauf hin, dass versucht werde, den Beschlusspunkt 4 in die Vorlage zum Vorlagen- und Beschlusswesen entsprechend rechtskonform aufzunehmen. Dies müsse sich aber mit dem Gesellschaftsvertrag der Stadtwerke vereinbaren lassen, um nicht dem Aufsichtsrat Rechte zu entziehen.

Zudem werde zu den einzelnen Maßnahmen eine Stellungnahme hinsichtlich der Wirtschaftlichkeit für das Unternehmen vorgelegt. Sollten einzelne Maßnahmen eine Senkung der Eigenkapitalquote zur Folge haben, erfolge dazu selbstverständlich ebenfalls eine Beschlussfassung.

Aus vorgenannten Gründen bat **Frau Oberbürgermeisterin Szabados** darum, den Beschlusspunkt 4 des Änderungsantrages zurückzuziehen.

Herr Lange, Fraktion DIE LINKE., erklärte, dass die vorliegende Vorlage einen Grundsatzbeschluss darstelle und dieser dem Fördermittelgeber vorgelegt werde sowie Grundlage für die entsprechenden Antragstellungen sei.

Demzufolge sollte einerseits auf die Formulierung geachtet werden, um gute Aussichten für die Förderung der jeweiligen Maßnahmen zu haben. Andererseits halte er es für unproblematisch, in den Beschlusspunkt 3 der Vorlage der Verwaltung die Vorlage der Wirtschaftlichkeitsbetrachtung aus Sicht der Stadtwerke entsprechend des Beschlusspunktes 4 des Änderungsantrages aufzunehmen.

Frau Oberbürgermeisterin Szabados brachte zum Ausdruck, dass das Vorlagen- und Beschlusswesen dem Fördermittelgeber nicht vorgelegt werden müsse und daher die Wirtschaftlichkeitsbetrachtung in dem Zusammenhang einbezogen werden könne.

Aufgrund dessen plädierte **Frau Oberbürgermeisterin Szabados** dafür, der Vorlage der Verwaltung in der vorliegenden Form zuzustimmen und fragte Herrn Paulsen nach der Verfahrensweise mit dem Änderungsantrag seiner Fraktion.

Herr Paulsen, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, erklärte, dass er die Beschlusspunkte 1 und 4 des Änderungsantrages seiner Fraktion aufrechterhalte. Die Beschlusspunkte 2 und 3 wurden von der Verwaltung übernommen, so dass diese erledigt seien.

Darüber hinaus bat **Herr Paulsen** zum Änderungsantrag um Einzelabstimmung der Beschlusspunkte.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen.

Frau Oberbürgermeisterin Szabados bat um Abstimmung des Änderungsantrages und der Vorlage.

zu 5.6.1 **Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Beschlussvorlage "Realisierung des Stadtbahnprogrammes Halle `25 Grundsatzbeschluss" (Vorlage V/2011/09954)**
Vorlage: V/2011/10106

geänderter Beschlussvorschlag:

Die Beschlussvorlage wird geändert und erhält folgende Fassung:

1. Der Stadtrat bestätigt das Stadtbahnprogramm Halle `25 unter der Voraussetzung einer gesicherten Finanzierung ~~einer Förderung durch den Bund und das Land von insgesamt 90% und nach Maßgabe der möglichen Bereitstellung der Eigenmittel im Grundsatz. Die Stadtverwaltung wird beauftragt, die jeweiligen Eigenmittel in den Haushalt einzuplanen.~~ **Ziel ist eine Förderung durch den Bund und das Land von insgesamt 90%.**
2. Der Stadtrat beschließt, dass die Hallesche Verkehrs-AG (HAVAG) Maßnahmeträger des Stadtbahnprogramms Halle `25 wird. Für Einzelvorhaben ist die HAVAG projektverantwortlicher Vorhabenträger und die Stadt überträgt ihr bei Bedarf jeweils die Bauherrenfunktion. Zur Koordinierung des Stadtbahnprogrammes wird ein Steuerkreis gebildet. Der Steuerkreis informiert den Stadtrat quartalsweise über den Programmfortgang.
3. ~~Über die Umsetzung jeder Einzelmaßnahme entscheidet der Stadtrat in einem eigenen Grundsatzbeschluss und darauffolgend über die Details der Umsetzung in einem eigenen Gestaltungsbeschluss.~~

Der Stadtrat beauftragt die Stadtverwaltung, bis zur nächsten Stadtrats-sitzung einen Beschlussvorschlag über ein Vorlagen- und Beschlusswesen bei Einsetzung eines Steuerkreises vorzulegen.

4. Die Oberbürgermeisterin wird als Gesellschaftervertreterin beauftragt, dafür Sorge zu tragen, dass der Stadtwerke-Konzern durch außerplanmäßige Investitionen im Rahmen des Stadtbahnprogramms im Hinblick auf die Eigenkapitalquote des Unternehmens nicht wesentlich negativ belastet wird. Daher wird die Stadtverwaltung beauftragt, dem Stadtrat zur Beschlussfassung relevanter Einzelmaßnahmen jeweils auch eine Wirtschaftlichkeitsberechnung aus betriebswirtschaftlicher Perspektive der Stadtwerke vorzulegen.

Abstimmungsergebnis:

Einzelabstimmung der Beschlusspunkt

Beschlusspunkt 1: mehrheitlich abgelehnt

2 Ja-Stimmen

7 Nein-Stimmen

Beschlusspunkt 2: erledigt

von Verwaltung übernommen

Beschlusspunkt 3: erledigt

von Verwaltung übernommen

Beschlusspunkt 4: mehrheitlich abgelehnt
3 Ja-Stimmen
8 Nein-Stimmen

zu 5.6 Realisierung des Stadtbahnprogrammes Halle`25 Grundsatzbeschluss
Vorlage: V/2011/09954

geänderter Beschlussvorschlag:

1. *Der Stadtrat bestätigt das Stadtbahnprogramm Halle `25 unter der Voraussetzung einer Förderung durch den Bund und das Land und nach Maßgabe der möglichen Bereitstellung der Eigenmittel gesicherten Finanzierung. Die Stadtverwaltung wird beauftragt, die jeweiligen Eigenmittel in den Haushalt einzuplanen.*
2. *Der Stadtrat beschließt, dass die Hallesche Verkehrs-AG (HAVAG) Maßnahmeträger des Stadtbahnprogramms Halle `25 wird. Für Einzelvorhaben ist die HAVAG projektverantwortlicher Vorhabenträger und die Stadt überträgt ihr bei Bedarf jeweils die Bauherrenfunktion. Zur Koordinierung des Stadtbahnprogrammes wird ein Steuerkreis gebildet. Der Steuerkreis informiert den Stadtrat quartalsweise über den Programmfortgang.*
3. **Der Stadtrat beauftragt die Stadtverwaltung, bis zur nächsten Stadtratssitzung einen Beschlussvorschlag über ein Vorlagen- und Beschlusswesen bei Einsetzen eines Steuerkreises vorzulegen.**

Abstimmungsergebnis:

einstimmig zugestimmt
1 Enthaltung

zu 5.7 Teilnahme des Vorsitzenden des Stadtrates, Herrn Harald Bartl, an der offiziellen Delegation der Stadt Halle (Saale) in die Stadt Savannah, Georgia, Vereinigte Staaten von Amerika, in der Zeit vom 19.10.2011 bis 25.10.2011
Vorlage: V/2011/10107

(Herr Harald Bartl nahm aufgrund des § 31 GO LSA nicht an der Abstimmung teil.)

Herr Bönisch, CDU-Fraktion, fragte, ob Dienstreisen der Oberbürgermeisterin ins Ausland durch den Stadtrat zu genehmigen wären.

Frau Raab, FDP-Fraktion, fragte nach den Gesamtkosten für die Stadt Halle für die Reise nach Savannah.

In Bezug auf die Frage von Herrn Bönisch antwortete **Frau Oberbürgermeisterin Szabados**, dass diese durch den Stadtrat nicht zustimmungspflichtig seien. Diese Verfahrensweise war in der Vergangenheit üblich. Nach einer erneuten rechtlichen Prüfung wurde festgestellt, dass Dienstreisen der Oberbürgermeisterin nicht der Zustimmung des Stadtrates bedürfen.

Hinsichtlich der Frage von Frau Raab wies **Frau Oberbürgermeisterin Szabados** darauf hin, dass die Stadt Halle lediglich die Reisekosten von Herrn Bartl als Stadtratsvorsitzenden zu tragen habe

Herr Bönisch, CDU-Fraktion, fragte nach der Verfahrensweise bezüglich eines Dienstreiseantrages für die Oberbürgermeisterin.

Frau Oberbürgermeisterin Szabados erklärte, dass aus versicherungsrechtlichen Gründen der Dienstreiseantrag für sie rein formal durch ihren jeweiligen Stellvertreter unterzeichnet werde.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen.

Frau Oberbürgermeisterin Szabados bat um Abstimmung der Vorlage.

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

Beschluss:

1. Der Hauptausschuss beschließt, dass der Vorsitzende des Stadtrates der Stadt Halle (Saale), Herr Harald Bartl, an der offiziellen Delegation der Stadt Halle (Saale) in die Stadt Savannah, Georgia, Vereinigte Staaten von Amerika, teilnimmt.
2. Der Hauptausschuss beschließt, dass nach § 7 entsprechend der Satzung über die Entschädigung ehrenamtlich tätiger Bürger die anfallenden Kosten für die Teilnahme des Stadtratsvorsitzenden an der Delegationsreise von der Stadt Halle (Saale) übernommen werden.

zu 7 schriftliche Anfragen von Stadträten

Es lagen keine schriftlichen Anfragen von Stadträten vor.

zu 8 Mitteilungen

zu 8.1 Stand Konjunkturpaket II

Die Mitteilung wurde zur Kenntnis genommen.

weitere Mitteilungen:

Frau Oberbürgermeisterin Szabados bezog sich auf das diesjährige stattgefundene Bürgerforum des Bundespräsidenten in der Stadt Halle. Dazu wurden 400 Bürger ausgewählt, welche ein Bürgerprogramm ausgearbeitet haben und eine entsprechende Internetplattform einrichten.

Ihres Erachtens sollte jetzt versucht werden, dass sich diese Bürger auch weiterhin für die Kommunalpolitik interessieren, da eine Vielzahl von diesen engagiert wäre und zu bestimmten städtischen Themen Anregungen und Hinweise habe.

Aus diesem Grund sei ihrerseits vorgesehen, die 400 Bürger in Form eines Schreibens zu fragen, inwieweit diese bereit wären, sich weiter am kommunalpolitischen Leben in der Stadt Halle zu beteiligen. Dazu sei nach eine Verbindung zwischen Stadtrat und diesen Bürgern erforderlich.

In Anbetracht dessen schlug **Frau Oberbürgermeisterin Szabados** vor, dass den Bürgern unter Berücksichtigung der gesetzlichen Regelungen in der Gemeindeordnung des Landes Sachsen-Anhalt die Möglichkeit angeboten werden sollte, ein- bis zweimal im Jahr im Stadtrat zu einem ihrer wichtigsten Themen in Form eines Hearings berichten zu können. Dies könnte bei Bedarf in die Gremienarbeit des Stadtrates eingebunden werden.

Frau Oberbürgermeisterin Szabados fragte die Hauptausschussmitglieder nach ihrem grundsätzlichen Standpunkt zu diesem Vorschlag.

Herr Paulsen, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, konnte grundsätzlich der Bürgerbeteiligung zustimmen und hielt es für denkbar, diese auch im Stadtrat in Form eines Hearings einzubinden.

Allerdings sollte die Möglichkeit seines Erachtens nicht nur für die 400 Bürger bestehen, sondern auch anderen Bürgern die Gelegenheit gegeben werden. Zudem sollte bei der Umsetzung berücksichtigt werden, dass in der parlamentarischen Demokratie die Parteien eine wichtige Rolle spielen. Vor diesem Hintergrund sollten vorhandene Beteiligungsmöglichkeiten nutzbar gemacht werden.

Insofern könne er sich vorstellen, dass nicht nur das Gremium Stadtrat genutzt werde, sondern die Bürger grundsätzlich auf die Parteien zugehen könnten.

Frau Oberbürgermeisterin Szabados entgegnete auf die Ausführungen von Herrn Paulsen, dass die Bürgerredakteure ein offenes Forum bzw. eine Erweiterung der Anzahl von Bürgern in der jetzigen Phase abgelehnt haben, da anderenfalls keine Möglichkeit der Regulierung bestünde. Dies könne erst in einer späteren Phase erfolgen.

Darüber hinaus brachte **Frau Oberbürgermeisterin Szabados** zum Ausdruck, dass sie entsprechend der Gemeindeordnung des Landes Sachsen-Anhalt die Bürger lediglich auf die jeweiligen Fraktionen und deren Ansprechpartner in der Stadt Halle aufmerksam machen könne. Auf Parteien werde sie nicht hinweisen.

Frau Raab, FDP-Fraktion, teilte mit, dass sie Bürgerbeteiligung grundsätzlich als richtig und wichtig erachte. Allerdings sei ihr die strukturelle Zielstellung nicht bewusst. Demzufolge fragte sie, ob damit neben dem Stadtrat ein paralleles Gremium errichtet werden soll und wie viele Vertreter der 400 Bürger im Stadtrat angehört werden sollen.

Ihres Erachtens sollten anderweitige und geeignete Formen der Beteiligungsmöglichkeiten für alle interessierte Bürger geschaffen werden. Zudem finde vor jeder Stadtratssitzung eine Einwohnerfragestunde statt, in der Bürger Vorschläge einbringen können. Weiterhin bestünde die Möglichkeit für die Bürger, sich an die Fraktionen zu wenden.

Frau Oberbürgermeisterin Szabados erklärte eingangs nochmals das Verfahren zum diesjährigen Bürgerforum des Bundespräsidenten und die Regularien. Mit der Auswahl der 400 Bürger durch die Berthelsmann-Stiftung soll die gesamte Breite der halleschen Bevölkerung wiedergespiegelt werden von den Wohngebieten bis hin zu Alter, soziale Herkunft usw.

Mit der Einbeziehung dieser Bürger soll kein weiteres oder separates Gremium entstehen. Die Bürger sollen lediglich die Möglichkeit erhalten, an den Stadtrat bestimmte Themen, wie z. B. Integration, Demografie, Bildung, familiäre Lebensform, Solidarität und Gerechtigkeit, in Form eines Hearings heranzutragen. Danach wäre es die Entscheidung des Stadtrates, diese Themen aufzugreifen und in die Gremienarbeit einzubeziehen.

Frau Raab, FDP-Fraktion, verwies auf die regelmäßig stattfindenden Bürgerforen, an denen die Bürger teilnehmen und bestimmte Themen an die Verwaltung und die Fraktionen heranzutragen können.

Zudem machte **Frau Raab** deutlich, dass sie nicht nachvollziehen könne, weshalb sich die 400 Bürger über ihre Bürgersprecher an die Fraktionen und Verwaltung wenden sollen. Dies verlängere den Informationsweg unnötig und wäre eine zusätzliche Hürde, so dass die Bürger keinen direkten Zugang zu den Fraktionen hätten.

Frau Oberbürgermeisterin Szabados merkte an, dass sie vorerst die grundsätzliche Auffassung der Fraktionen zu diesem Thema in Erfahrung bringen wollte, bevor sie dem Stadtrat einen entsprechenden Beschlussvorschlag vorlege.

Ihr wäre es wichtig, die bisherige Arbeit der Bürger anzuerkennen und diese auch weiterhin einzubinden. Eine Berichterstattung im Stadtrat in Form eines Hearings halte sie für eine gute Möglichkeit. Insofern können aus dem Kreis der 400 Bürger einige wenige Bürgerredakteure gewählt werden, die in Vertretung über ihre Themen berichten.

Herr Wolter, Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM, wies eingangs darauf hin, dass für die Fraktionen durch den Bürgerhaushalt und die Bürgerforen derzeit zwei Möglichkeiten bestünden, mit den Bürgern außerhalb der bestehenden Strukturen in Kontakt zu treten.

Hinsichtlich des stattgefundenen Bürgerforums des Bundespräsidenten erklärte **Herr Wolter**, dass dieses mit einem hohen finanziellen und personellen Aufwand seitens des Bundespräsidialamtes geführt wurde. Die positiven Auswirkungen dessen sollten auch in einer entsprechenden Form weiterhin genutzt werden.

Insofern wäre es zu begrüßen, wenn über eine weitere mögliche Einbeziehung der Bürger nachgedacht werde. Dabei sollte aber auch das Angebot zur Mitarbeit in den Parteien bzw. Fraktionen thematisiert werden.

Allerdings bestünde seines Erachtens für die Stadtratssitzungen kein Bedarf eines Hearings von bestimmten Themen. Dieses sollte eher einmal im Jahr in den entsprechenden Ausschüssen oder in Form einer Sonderveranstaltung mit der Verwaltung und interessierten Stadtratsmitgliedern erfolgen, um die Möglichkeit eines Dialoges mit den Bürgersprechern zu haben und eine Zusammenarbeit zu erreichen.

Herr Bartl, CDU-Fraktion, informierte darüber, dass er eine Bürgerbeteiligung grundsätzlich ebenfalls als wichtig erachte. Dennoch stünde er dem Vorschlag skeptisch gegenüber. Es seien eine Vielzahl von parlamentarischen Strukturen vorhanden, die besser genutzt werden könnten und dann ausreichend wären, um die Bürger entsprechend einzubeziehen.

Demzufolge sollte keine Berichterstattung in Form eines Hearings im Stadtrat erfolgen. Die Bürger können auch weiterhin direkt mit den Fraktionsgeschäftsstellen und der Verwaltung in Kontakt treten und ihre Vorschläge und Anregungen einbringen.

Frau Ewert, SPD-Fraktion, konnte das Anliegen nachvollziehen, die Bürger im Nachgang an das Bürgerforum auch weiterhin zu beteiligen. Allerdings sollte vorerst ein einmaliges Hearing durchgeführt werden, um im Ergebnis dessen festzustellen, inwieweit dieses zweckmäßig und zielführend sei. Unter Berücksichtigung der bereits bestehenden ausreichenden Möglichkeiten der Bürgerbeteiligung könne danach darüber entschieden werden, ob diese Form weitergeführt werden soll oder nicht.

Herr Dr. Meerheim, Fraktion DIE LINKE., gab bekannt, dass er ebenfalls der Auffassung sei, dass ein Weg gefunden werden sollte, die Bürger weiterhin einzubeziehen. Dies müsse nicht zwangsläufig über die parlamentarischen Strukturen erfolgen. Es sollte den Bürgern überlassen werden, ob sie sich z. B. über die Internetplattform oder in Parteien oder anderen Organisationen und Strukturen engagieren.

Weiterhin erklärte **Herr Dr. Meerheim**, dass er sich vorstellen könne, die Auffassung der Bürger zu bestimmten Themen in den Ausschüssen anzuhören und auch mit einzubeziehen. Möglicherweise könne so das Interesse der Bürger für politische Prozesse in der Stadt geweckt und damit langfristig auch eine höhere Wahlbeteiligung zu Kommunal- oder Oberbürgermeisterwahlen erreicht werden.

Aus diesem Grund halte er die vorgeschlagene Verfahrensweise der Oberbürgermeisterin für eine gute Möglichkeit und einen ersten Schritt. Seines Erachtens könne die Beteiligung auch in einem größeren Rahmen erfolgen. Dazu müsste der Stadtrat aber auf das eine oder andere bisher legitime Recht verzichten, das wahrscheinlich zu Vorbehalten und Meinungsverschiedenheiten führe.

Darüber hinaus machte **Herr Dr. Meerheim** deutlich, dass in der heutigen Gesellschaft die Meinungen der Bürger in den politischen Entscheidungen nicht ausreichend berücksichtigt werden und dadurch Parallelstrukturen immer mehr an Zulauf gewinnen. In Anbetracht dessen könne er zustimmen, wenn die Bürger hier in einem möglichst großen Rahmen, wie z. B. im Stadtrat oder in den Ausschüssen, eingebunden werden.

Herr Lange, Fraktion DIE LINKE., erklärte ebenfalls, dass die Bürger auch weiterhin in die politischen Prozesse einbezogen werden sollten und konnte dem vorgeschlagenen Hearing als ersten Versuch durchaus zustimmen. Dies sollte allerdings in einem überschaubaren Rahmen stattfinden, wie z. B. im Kreis des Hauptausschusses oder 4 Mitglieder jeder Fraktion, um mit den Bürgervertretern ins Gespräch zu kommen und die gegenseitigen Erwartungen in Erfahrung zu bringen.

Weiterhin machte **Herr Lange** deutlich, dass bei den offiziellen Veranstaltungen zum Bürgerforum großes Interesse vorhanden war, mit den politischen Entscheidungsträgern in Diskussion zu kommen. Darauf bauen auch die Bürgerprogramme auf und beinhalten nicht nur kommunalpolitische, sondern auch landes- und bundespolitische Themen. Zudem haben sich die Bürger auch außerhalb der offiziellen Veranstaltungen getroffen und engagiert. Diese würden jetzt die Erwartung haben, dass die Politik ihre Arbeit aufgreife und anhöre.

Frau Oberbürgermeisterin Szabados bedankte sich bei den Hauptausschussmitgliedern für die Darstellung ihres Standpunktes. Sie teilte mit, dass aus den Reihen der 400 Bürger bestimmte Bürgerredakteure gewählt wurden. Diese haben bei ihr vorgesprochen und geäußert, dass von den 400 Bürgern sich etwa 100 Bürger über die Internetplattform weiter engagieren wollen. Im Zuge dessen wurde gefragt, inwieweit dahin gehend Möglichkeiten bestünden.

Darüber hinaus informierte **Frau Oberbürgermeisterin Szabados**, dass am 23.09.2011 eine Evaluierung zum Bürgerforum in der Stadt Halle durch das Bundespräsidialamt stattfindet. In dem Zusammenhang könne sie in Erfahrung bringen, inwieweit die Bürgerbeteiligung in anderen Städten weitergeführt werde.

In Anbetracht dessen schlug **Frau Oberbürgermeisterin Szabados** vor, im Ergebnis der Evaluierung für den Hauptausschuss zeitnah einen entsprechenden Vorschlag zur weiteren Bürgerbeteiligung vorzulegen. Sie wies ausdrücklich darauf hin, dass hier kein neuer Prozess eingeführt, sondern ein bestehender Prozess weitergeführt werden soll.

Herr Bönisch, CDU-Fraktion, gab bekannt, dass er eine weitere Bürgerbeteiligung für nicht zielführend halte. Das Bürgerforum wäre eine Showveranstaltung ohne jeglichen Nährwert. Für die Berthelsmann-Stiftung sei es schwierig gewesen, 400 Bürger für das Bürgerforum zu gewinnen; 2/3 der angefragten Bürger hatten kein Interesse. Bisher habe sich in seiner Fraktion keiner der Bürger gemeldet.

Zudem wies **Herr Bönisch** darauf hin, dass jeder Bürger an öffentlichen Ausschuss- und Stadtratssitzungen, Bürgersprechstunden und Bürgerforen teilnehmen könne. Es seien für politisch interessierte Bürger genügend Plattformen vorhanden.

Insofern wäre es seines Erachtens ausreichend, den Bürgern ein Dankeschreiben zuzusenden. Er sehe keinen Bedarf zum Vorschlag der Oberbürgermeisterin und merkte an, dass dies eine freiwillige Aufgabe sei und Ausgaben verursache.

Frau Oberbürgermeisterin Szabados konnte die Auffassung von Herrn Bönisch nicht teilen. Die Initiative des Bundespräsidenten sei sinnvoll gewesen, gerade auch vor dem Hintergrund „Stuttgart 21“.

Des Weiteren machte **Frau Oberbürgermeisterin Szabados** deutlich, dass sie damit keine neuen Haushaltsausgaben produzieren wolle und der Stadt Halle für das Bürgerforum bisher keine Kosten entstanden seien. Der Stadtrat und die Verwaltung sollten aber gemeinsam nach Möglichkeiten suchen, um die Bürger weiter einzubinden.

Herr Dr. Meerheim, Fraktion DIE LINKE., verwies auf eine schriftliche Anfrage seiner Fraktion zu diesem Thema für die kommende Stadtratssitzung und fragte nach einer rechtzeitigen Beantwortung der Verwaltung.

Frau Oberbürgermeisterin Szabados bat darum, die Anfrage zurückzustellen und das Evaluierungsgespräch am 23.09.2011 abzuwarten. Danach könne die Anfrage nachhaltig beantwortet werden.

Es gab keinen Widerspruch seitens der Fraktion DIE LINKE.

Frau Oberbürgermeisterin Szabados bezog sich im Zusammenhang mit dem Zukunftsfond auf das Widerspruchsverfahren zur Haushaltssatzung der Stadt Halle für das Jahr 2010 in Verbindung mit der wirtschaftlichen Verwendung der finanziellen Mittel aus den VNG-Aktien.

Dazu habe es die unterschiedlichsten Gesprächsebenen gegeben, an denen u. a. der Leiter der BeteiligungsManagementAnstalt Halle (BMA), Herr Lork, teilgenommen habe. In einem der letzten Gesprächstermine wurde seitens des Landesverwaltungsamtes angedeutet, die Mittel aus den VNG-Aktien nicht zum Abbau des Altdefizites zu verwenden, sollte ein wirtschaftlicher Einsatz dieser nachgewiesen werden.

Frau Oberbürgermeisterin Szabados bat Herrn Lork um Information zu den Gesprächen mit dem Landesverwaltungsamt und der weiteren Verfahrensweise.

Herr Lork, Vorstand BMA, stellte den zeitlichen Ablauf sowie die Aufgabenstellungen für die Verwaltung dar:

- Juni 2011:
Im Rahmen einer Erörterung zum städtischen Haushalt wurde erreicht, dass die Kommunalaufsicht grundsätzlich der möglichst wirtschaftlichen Verwendung der VNG-Gelder zustimmen konnte.
- Juli 2011:
Die Verwaltungsspitze sowie die Geschäftsführung aus den unterschiedlichen Beteiligungen haben Vorschläge zur wirtschaftlichen Verwendung erarbeitet und der Kommunalaufsicht mit folgendem Ansinnen vorgelegt:
 1. Ist es denkbar, für die vorgesehenen Projekte finanzielle Mittel frei zu bekommen?
 2. Wie stellt man sich die Nachweispflicht vor, dass auch eine entsprechende Eintrittswahrscheinlichkeit existiert und ein wirtschaftlicher Effekt für den städtischen Haushalt eintritt?
- September 2011:
Das Abstimmungsgespräch mit dem Landesverwaltungsamt hat stattgefunden. Dabei wurden die zu finanzierenden Maßnahmen in drei Bereiche aufgeteilt:
 1. Der Stadt Halle werden finanzielle Mittel freigegeben für Maßnahmen in einem Umfang von 28 Mio. €, die im Wesentlichen Effizienzsteigerungen im Stadtwerkekonzern, energetische Sanierungen und Entlastung des Zoos von einem langfristigen Kredit bedeuten.
 2. Maßnahmen, die nicht aus dem Zukunftsfond finanziert werden sollen, wie z. B.:
 - Neugestaltung des WK VI durch das städtische Wohnungsunternehmen GWG,
 - Bau eines Boardinghouses,
 - Sanierung Gebäude am Rennbahnring und Azaleenstraße,
 - Eigenmittel zum Stadtbahnprogramm Halle '25,
 - Parkraumbewirtschaftung durch die HAVAG - diese Aufgabe könne von der Stadtverwaltung wahrgenommen werden,
 - Reduzierung Personalbestand im Eigenbetrieb KITA über Altersteilzeitmaßnahmen und entsprechende Vereinbarungen - hier sei keine Nachhaltigkeit vorhanden, da die Betreuungszahlen steigen und entsprechender Personalbedarf bestünde

3. Maßnahmen, bei denen eine bestimmte Nachweisführungspflicht eingefordert ist
Dazu wurden im Nachgang bei der verwaltungsinternen Absprache zu den einzelnen Projekten festgestellt, dass einige dieser in den Bereich Shared Services fallen, z. B. Fotovoltaik-Anlagen.

Im Zukunftsfond gebe es zwei wesentliche Maßnahmen:

1. energetische Sanierung von städtischen Gebäuden
Hierbei muss die nachhaltige Nutzung der Gebäude geprüft und nachgewiesen werden.
2. Abriss nicht mehr benötigter städtischer Gebäude
Hierbei sollen insbesondere Kosten für die Verkehrssicherungspflicht vermieden werden.

Weitere Maßnahmen sind:

- Umsetzung E-Government
Hierzu erfolgt derzeit eine Überarbeitung, danach werde dies der Kommunalaufsicht vorgelegt.
- Entwicklung von Verwaltungsstandorten
Die Verwaltungsbereiche, wie z. B. das Personalamt, Schulverwaltungsamt, Liegenschaftsamt nutzen insgesamt zu viele angemietete Räumlichkeiten. Es soll nach Lösungen gesucht werden, Räumlichkeiten über das eigene Portfolio zu nutzen.
- Einsatz von LED-Leuchtmitteln an Lichtsignalanlagen

Abschließend erklärte **Herr Lork**, dass in den Gesprächen mit dem Landesverwaltungsamt der lang diskutierte Umstand der sogenannten Zinsfalle ausgeräumt werden konnte. Er erinnerte daran, dass die Zinsen steigen, wenn zum jetzigen Zeitpunkt keine Kassenkredite getilgt werden. Hierzu gab es mit der Kommunalaufsicht die Verständigung, dass bei 5 % Rendite des eingesetzten Kapitals die Thematik Zinsfalle ausgeräumt sei. Im Zuge dessen erläuterte er den Unterschied zur Renditeanforderung.

Frau Oberbürgermeisterin Szabados bedankte sich bei Herrn Lork und erläuterte die weitere Verfahrensweise. Die Verwaltung werde die Maßnahmen entsprechend umsetzen, um noch in diesem Jahr finanzielle Mittel zu erhalten und einen Überblick zu haben, in welcher Höhe Mittel für den Abbau des Altdefizites eingesetzt werden.

Zudem wies **Frau Oberbürgermeisterin Szabados** nochmals auf die dringend notwendigen energetischen und Nachhaltigkeitssanierungen insbesondere in den Schulen und Kindergärten sowie Verwaltungsgebäuden hin.

Ein weiterer wichtiger Punkt wäre der Abriss nicht mehr benötigter Gebäude, um hier keine Kosten für die Sicherung zu verursachen. Im Zuge dessen müssen bei der Frage des Abrisses Abwägungen hinsichtlich der weiteren Belastung und des Nutzens für die Stadt erfolgen.

Weiterhin merkte **Frau Oberbürgermeisterin Szabados** an, dass sie dankbar sei, dass sich das Landesverwaltungsamt hinsichtlich des Aspektes der Wirtschaftlichkeit geöffnet habe.

Herr Dr. Meerheim, Fraktion DIE LINKE., fragte, ob die Ablösung von langfristigen Krediten zulässig sei.

Herr Lork, Vorstand BMA, bestätigte dies und nannte als Beispiel den Kredit für den Zoo.

Frau Oberbürgermeisterin Szabados fügte hinzu, dass auch die Ablösung des Kredites für die HAVAG geprüft werde.

Herr Geier, Beigeordneter für Finanzen und Personal, merkte an, dass Kredite von sogenannten verlustgeborenen Betrieben geprüft wurden.

Herr Dr. Meerheim, Fraktion DIE LINKE., fragte nach der Ablösung von städtischen Krediten.

Herr Geier, Beigeordneter für Finanzen und Personal, entgegnete, dass dahin gehend keine Möglichkeit bestünde und verwies in dem Zusammenhang auf die Vereinbarung zum Teilentschuldungsprogramm STARK II. Dort wäre eine Kreditierung bis zum Jahr 2022 vorgeschrieben, bei denen ca. 30 % der Altschulden reduziert wurden. Der Zinssatz bei den restlichen Altschulden betrage durchschnittlich 1,9 %.

Herr Bartl, CDU-Fraktion, fragte, weshalb ein Personalabbau über Altersteilzeitmaßnahmen nicht als nachhaltig erscheine.

Frau Oberbürgermeisterin Szabados und **Herr Lork, Vorstand BMA**, wiesen darauf hin, dass ausschließlich im Eigenbetrieb KITA die Nachhaltigkeit für Maßnahmen zum Personalabbau nicht anerkannt wurde, da hier kein Personalüberhang vorhanden sei.

Grundsätzlich können aber entsprechenden Maßnahmen, z. B. Zahlung einer Abfindung, bei festgestelltem Personalüberhang zugestimmt werden, wie beispielsweise der Personalabbau von zwei Stellen im Stadtwerkekonzern und für Teilbereiche der Kernverwaltung und dem Eigenbetrieb ZGM.

Herr Wolter, Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM, kritisierte, dass darüber nicht im Ausschuss für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften informiert wurde und zudem keine schriftliche Information vorliege.

Er sei erfreut darüber, dass die Verwaltung beim Landesverwaltungsamt etwas Positives erreichen konnte. Dennoch habe er eine Vielzahl von Fragen hinsichtlich der Verfahrensweise. Der Stadtrat habe zwar den Zukunftsfond beschlossen, aber nicht, dass nur 50 % dessen verwendet werden.

Frau Oberbürgermeisterin Szabados wies darauf hin, dass die Verwaltung Widerspruch gegen die Verfügung zum Haushalt der Stadt Halle für das Jahr 2010 eingereicht habe und seitens des Stadtrates beauftragt wurde, diesen zu untersetzen.

Herr Wolter, Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM, machte deutlich, dass es für seine Fraktion wichtig sei, schnellst möglich Freigaben für geplante Maßnahmen zu erhalten. Entsprechend der Ausführungen von Herrn Lork mangle es jedoch an einer konkreten Untersetzung von Maßnahmen.

Infolge dessen fragte **Herr Wolter**, ob und inwieweit im Zuge dieser Maßnahmen die Beteiligung des Stadtrates vorgesehen sei.

Herr Bönisch, CDU-Fraktion, fragte, ob es hinsichtlich des Widerspruchs der Stadtverwaltung eine Bearbeitungsfrist durch die Kommunalaufsicht gebe.

Frau Oberbürgermeisterin Szabados antwortete auf die Frage von Herrn Bönisch, dass es keine Frist für die Bearbeitung des Widerspruchs der Stadtverwaltung gebe. Seitens der Verwaltung werde aber versucht, hier schnellst möglich eine Entscheidung zu erhalten.

In dem Zusammenhang merkte sie an, dass die Verwaltung eine Untätigkeitsklage hätte erheben können. Dies wäre ihres Erachtens aber nicht zielführend gewesen.

Auf die Frage von Herrn Wolter erklärte **Frau Oberbürgermeisterin Szabados**, dass derzeit keinerlei Beschlussfassungen durch den Stadtrat erforderlich seien. Es müsse die Entscheidung des Landesverwaltungsamtes zum eingereichten Widerspruch der Stadt Halle zum Haushalt 2010 abgewartet werden. Erst danach könne bei Bedarf dagegen vorgegangen werden.

Herr Wolter, Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM, teilte mit, dass bei einer teilweisen Zustimmung zum Widerspruch der Stadtverwaltung zum Haushalt 2010 im Zuge dessen der Haushalt der Stadt Halle für das Jahr 2011 ausgeglichen wäre bzw. eine Reduzierung der Zinszahlung nach sich ziehe.

Herr Dr. Meerheim, Fraktion DIE LINKE., schloss sich den Ausführungen von Herrn Wolter an und fügte hinzu, dass sich die Beträge für die Haushaltskonsolidierung der Folgejahre ändern würden.

Frau Oberbürgermeisterin Szabados erklärte, dass dies zum entsprechenden Zeitpunkt geprüft werde. Bisher habe das Landesverwaltungsamt dem Widerspruch der Stadt Halle nicht stattgegeben.

Herr Wolter, Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM, fragte, ob die Maßnahmen in Höhe von 28 Mio. € seitens des Landesverwaltungsamtes teilweise und zeitnah freigegeben werden.

Frau Oberbürgermeisterin Szabados und **Herr Geier, Beigeordneter für Finanzen und Personal**, entgegneten, dass ihnen die Verfahrensweise des Landesverwaltungsamtes nicht bekannt sei. Man könne sich vorstellen, dass bei Genehmigung einer eingereichten Maßnahme der entsprechende Betrag in eine Teilabhilfe des Widerspruchs umgesetzt werde oder alle eingereichten Maßnahmen zum Jahresende genehmigt werden.

Herr Wolter, Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM, fragte, ob der Stadtrat nach Erhalt der Entscheidung des Landesverwaltungsamtes beteiligt werde.

Frau Oberbürgermeisterin Szabados sagte dies zu. Dann bestünde die Möglichkeit, der Entscheidung des Landesverwaltungsamtes zuzustimmen oder die Verwaltung zu beauftragen, Klage zu erheben.

Herr Bönisch, CDU-Fraktion, fragte, ob die Verwaltung ernsthaft darüber nachgedacht habe, finanzielle Mittel in Form von Abfindungen oder Altersteilzeit für den Personalabbau einzusetzen und sprach dabei die beiden Maßnahmen im Stadtwerkekonzern an.

Frau Oberbürgermeisterin Szabados antwortete, dass die Verwaltung ernsthaft darüber nachgedacht habe. Seitens der Verwaltung müsse allerdings noch geprüft und untersetzt werden, ob damit die erforderliche Rendite erzielt werden könne.

Frau Oberbürgermeisterin Szabados teilte mit, dass sie durch den Finanzminister des Landes Sachsen-Anhalt informiert wurde, dass eine Änderung des FAG in einigen Punkten vorgesehen sei.

Die Investitionspauschale soll im Jahr 2012 nicht und im Jahr 2013 unwesentlich reduziert werden. Die Rückzahlung von Mitteln zum Finanzausgleich aus dem Jahr 2009 werde auf zwei Jahre ausgedehnt, so dass diese keine Auswirkungen auf den städtischen Haushalt 2012 hätten.

Zudem erfolge eine Prüfung zu folgenden Punkten:

- Erlass von Zinsforderungen aus den Jahren 1991 bis 1995 für die betroffenen Kommunen; bei der Stadt Halle ginge es hierbei um einen Betrag in Höhe von 2,5 Mio. €.
- Vorfinanzierung der Landkreise und kreisfreien Städte seitens des Landes mit einem Betrag in Höhe von insgesamt maximal 45 Mio. € aufgrund zurückgehender Sonderbedarfszuweisungen durch den Bund; bei der Stadt Halle handele es sich hierbei um einen Betrag in Höhe von 4,5 Mio. €.
- Höhe des Eigenanteils der Kommunen bei längerfristigen Projekten, wie z. B. STARK III, energetische Sanierungen und Modernisierungen
Derzeit wäre ein Eigenanteil durch die Kommunen in Höhe von 50 % vorgesehen. Dies sei nicht zu gewährleisten.
- Verfahrensweise bei städtischen Einnahmen im Zusammenhang mit der Berechnung zur Höhe des FAG

Herr Dr. Meerheim, Fraktion DIE LINKE., fragte, ob auch rückwirkend eine entsprechende Änderung des FAG erfolge.

Frau Oberbürgermeisterin Szabados antwortete, dass ihr dies nicht bekannt sei. Sie merkte an, dass die Prüfungen über ein Gutachten erfolgen und die Ergebnisse erst Mitte des kommenden Jahres vorliegen. Mit Hilfe dieses Gutachtens soll umfassend über die Finanzbeziehungen zwischen Land und Kommune sowie die Aufgabenbezogenheit diskutiert werden.

Weiterhin führte **Frau Oberbürgermeisterin Szabados** aus, dass sie darauf hingewiesen habe, dass die Zuweisungen aus dem FAG bereits für das Jahr 2012 geändert werden müssen. Anderenfalls entstünden der Stadt Halle erhebliche Probleme.

Herr Dr. Meerheim, Fraktion DIE LINKE., bezog sich auf die Ausführungen der Oberbürgermeisterin zu den Rückzahlungen von Mitteln aus dem Finanzausgleich aus dem Jahr 2009. Diese basieren auf den damaligen Einnahmen der Stadt und wurden der Berechnung des FAG-Zuschusses zugrunde gelegt. Der Stadtrat habe diese Mittel aber für die Haushaltskonsolidierung akquiriert.

Demzufolge fragte **Herr Dr. Meerheim**, ob gegen diese Berechnung seitens der Verwaltung ebenfalls vorgegangen werden müsste.

Herr Geier, Beigeordneter für Finanzen und Personal, erklärte, dass die Jahre 2008 sowie 2010 (Kassenstatistik) Grundlage für die Berechnung des FAG für die Jahre 2012 und 2013 seien; für die Jahre 2010 und 2011 wären die Jahre 2005 bis 2007 Berechnungsgrundlage.

Die Abbildung der Konsolidierungsbeiträge im städtischen Haushalt habe im Jahr 2006 begonnen. Aufgrund der damaligen Regelung, dass zur Berechnung der Fördermittel nicht die Aufgabenbezogenheit zugrunde gelegt wurde, konnte hier kein Widerspruch eingelegt werden.

Der bestehende Kalkulationsirrtum zum FAG bestünde seit dem Jahr 2010. Gegen die Bescheide des Landes wurde seitens der Stadt Widerspruch eingelegt.

Herr Bönisch, CDU-Fraktion, verwies auf den Beschluss der Stadt Magdeburg, solange nicht auf die Anweisungen der Kommunalaufsicht zu reagieren, bis keine entsprechende Änderung des FAG erfolge.

Frau Oberbürgermeisterin Szabados wies darauf hin, dass der Stadt Magdeburg zu dem Zeitpunkt noch nicht bekannt war, dass eine gewisse Öffnung zur FAG-Problematik erfolge.

Herr Dr. Meerheim, Fraktion DIE LINKE., fragte nach dem Verfahrensstand und Bearbeitungsfristen zum Widerspruch gegen die Höhe der FAG-Mittel.

Frau Oberbürgermeisterin Szabados entgegnete, dass es keine gesetzlichen Regelungen dahin gehend gebe. Die Stadt Halle hätte die Möglichkeit der Erhebung einer Untätigkeitsklage. Darin sehe sie aber derzeit keine Notwendigkeit, da gewisse Änderungen angedacht seien.

Es gab keine weiteren Mitteilungen.

zu 9 Beantwortung von mündlichen Anfragen

Frau Ewert, SPD-Fraktion, fragte nach den Gründen, weshalb der Bürgersteig um den Spielplatz am Rathenauplatz/Willy-Lohmann-Straße nicht regelmäßig gereinigt werde. Der Spielplatz wäre stark frequentiert, so dass hier insbesondere auf Sauberkeit geachtet werden sollte. Dieser Zustand bestünde bereits über einen längeren Zeitraum.

Da Herr Beigeordneter Stäglin nicht mehr im Sitzungssaal anwesend war, bat **Frau Oberbürgermeisterin Szabados** Herrn Beigeordneten Dr. Wiegand diesen Sachverhalt aufzunehmen und zu prüfen.

Die beabsichtigte Anfrage von **Herrn Dr. Meerheim, Fraktion DIE LINKE.**, zum FAG wurde durch Frau Oberbürgermeisterin Szabados im nicht öffentlichen Teil der Sitzung beantwortet.

Herr Wolter, Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM, fragte nach der Verfahrensweise zur Neubesetzung der Amtsleiterstelle im Stadtplanungsamt.

Frau Oberbürgermeisterin Szabados sagte eine Beantwortung im nicht öffentlichen Teil der Sitzung zu, da es sich hierbei um eine Personalangelegenheit handle.

Herr Wolter, Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM, bezog sich auf ein Schreiben der Leiterin des Büro OB bezüglich der Fraktionsfinanzen im Zusammenhang mit dem Prüfbericht des Landesrechnungshofes.

In dem Schreiben werden die Fraktionen aufgefordert, zu dem Sachverhalt Stellung zu nehmen. Dazu sehe er sich nicht in der Lage, da es seines Erachtens Aufgabe und Pflicht der Stadtverwaltung sei, dem Landesverwaltungsamt zu erklären, weshalb die geforderten Änderungen nicht umgesetzt wurden.

Zudem wies **Herr Wolter** darauf hin, dass der Stadtrat dazu einen Beschluss gefasst habe, den die Verwaltung im Zuge dessen umgesetzt habe.

Frau Oberbürgermeisterin Szabados nahm die Ausführungen von Herrn Wolter zur Kenntnis. Sie brachte zum Ausdruck, dass die Fraktionen Bestandteil der Verwaltung wären und demzufolge entsprechend zu beteiligen seien. Aus diesem Grund habe man die Fraktionen über das Schreiben des Landesverwaltungsamtes in Kenntnis gesetzt und um eine Rückmeldung gebeten.

Zudem wurde sich in der gegründeten Arbeitsgruppe zur Geschäftsordnung auf diese Verfahrensweise verständigt. Dort habe auch Herr Häder als Vertreter der Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM sein Verständnis für das Verfahren geäußert.

Herr Paulsen, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, fragte, wann die von der Leiterin des Büro OB angekündigte Fraktionsvorsitzendenrunde zum Umzug der Fraktionen stattfinden würde.

Darüber hinaus bezog sich **Herr Paulsen** auf eine Mitteilung der Oberbürgermeisterin zum Ehrenkodex für Stadtratsmitglieder in der letzten Hauptausschusssitzung am 24.08.2011. Die Verwaltung hatte dazu einen Entwurf ausgearbeitet, welcher den Hauptausschussmitgliedern ausgehändigt wurde mit der Bitte um Rückmeldung, ob dies den Intentionen der Fraktionen entspreche.

Infolge dessen fragte **Herr Paulsen** nach einem Termin der Rückmeldung.

Hinsichtlich der Frage zur Fraktionsvorsitzendenrunde zum Thema Umzug entgegnete **Frau Schmidt, Leiterin Büro OB**, dass diese stattfinden würde, wenn absolute Klarheit zum Umzug der Fraktionen in das Stadthaus bestünde.

Frau Oberbürgermeisterin Szabados fügte hinzu, dass der Umzug einiger Fraktionen aufgrund unterschiedlicher Gründe nicht wie angedacht im September/Oktober dieses Jahres erfolgen könne. Dazu werde sie sich mit Herrn Beigeordneten Neumann nochmals verständigen und anschließend den Fraktionen einen entsprechenden Vorschlag unterbreiten.

Frau Schmidt, Leiterin Büro OB, antwortete auf die Frage zum Ehrenkodex, dass hierzu keine Terminstellung vereinbart wurde. Bisher wäre bei der Verwaltung noch keine Rückmeldung dahin gehend eingegangen.

Herr Bönisch, CDU-Fraktion, und **Herr Dr. Meerheim, Fraktion DIE LINKE.**, äußerten, dass in ihren Fraktionen noch Beratungsbedarf bestünde und sie daher noch Zeit für die Rückmeldung benötigen.

Frau Oberbürgermeisterin Szabados bat darum, dass sich die Fraktionen bis zur nächsten Hauptausschusssitzung am 19.10.2011 zu dieser Thematik äußern, um innerhalb der Verwaltung die weiteren Schritte veranlassen zu können.

Herr Paulsen, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, bezog sich auf die zukünftige Verfahrensweise zu den Protokollen für die Stadtratssitzungen. In der letzten Stadtratssitzung am 31.08.2011 wurde seitens des Stadtratsvorsitzenden angekündigt, anstatt Verlaufsprotokolle nur noch Beschlussprotokolle zu führen.

Aufgrund dessen fragte **Herr Paulsen**, weshalb die bisherige Praxis geändert werden soll. Seines Erachtens wäre es grundsätzlich wichtig, einen gewissen Verlauf der Stadtratssitzungen darzustellen, um z. B. erneute Anfragen oder Antragstellungen zu vermeiden.

Frau Oberbürgermeisterin Szabados machte darauf aufmerksam, dass die Niederschrift in der letzten Stadtratssitzung seitens des Stadtrates ohne jegliche Diskussion bestätigt wurde.

Von der bisherigen Form der Niederschrift würde sie gerne absehen, da diese zu umfangreich sei und jede Wortmeldung aufgeführt werden müsse. Bei dem vorgelegten Beschlussprotokoll wäre der Verlauf in den wichtigsten Zügen wiedergegeben und die Beschlüsse aufgeführt. Zudem bestünde die Möglichkeit eines Wortprotokolls zu bestimmten Tagesordnungspunkten.

Aufgrund dessen würde sie die Niederschriften der Stadtratssitzungen auch weiterhin als Beschlussprotokoll darstellen. Sollten Stadratsmitglieder nicht damit einverstanden sein, können sie dies unter dem TOP „Genehmigung der Niederschrift“ äußern bzw. erklären, inwieweit die Niederschrift ergänzt werden soll.

Herr Dr. Meerheim, Fraktion DIE LINKE., erklärte, dass er einem Verlaufsprotokoll zustimmen würde, um in später nachvollziehen zu können, vor welchem Hintergrund bestimmte Beschlüsse gefasst wurden. Dies wäre mit einem Beschlussprotokoll nicht möglich.

Als Beispiel verwies **Herr Dr. Meerheim** auf die Niederschriften des Ausschusses für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften. Dort werden die Diskussionsbeteiligten genannt, bestimmte Dinge sowie die Diskussion schwerpunktmäßig zusammengefasst und auf Wunsch die Wortmeldung eines einzelnen Stadtrates wiedergegeben.

Frau Oberbürgermeisterin Szabados und **Herr Krause, SPD-Fraktion**, machten deutlich, dass genauso die Niederschrift der Stadtratssitzung gestaltet sei.

Frau Oberbürgermeisterin Szabados merkte zudem an, dass die Diskussion schwerpunktmäßig zusammengefasst werden soll, indem die Diskussionsbeteiligten genannt werden und auf Wunsch bzw. Antrag ein Wortprotokoll erfolge. Sie wolle allerdings davon absehen, dass zu jedem Tagesordnungspunkt jede einzelne Wortmeldung aufgeführt werde.

Herr Bartl, CDU-Fraktion, erinnerte daran, dass er in der letzten Stadtratssitzung zu dem TOP „Genehmigung der Niederschrift“ darauf hingewiesen habe, dass zukünftig nur noch ein Beschlussprotokoll angefertigt werde. Er war verwundert darüber, dass keine Diskussion dazu entstanden sei.

Darüber hinaus wies **Herr Bartl** darauf hin, dass die Stadtratssitzungen durch den örtlichen Fernsehsender TV Halle aufgezeichnet werden, so dass praktisch ein Wortprotokoll der Stadtratssitzungen vorhanden sei.

Frau Oberbürgermeisterin Szabados teilte mit, dass seitens der Verwaltung die Aufzeichnungen von TV Halle zu jeder Stadtratssitzung ordnungsgemäß archiviert werden.

Herr Bartl, CDU-Fraktion, fragte nach der Lebensdauer dieser Aufzeichnungen.

Frau Oberbürgermeisterin Szabados sagte dahin gehend eine Prüfung zu.

Herr Lange, Fraktion DIE LINKE., machte deutlich, dass es ein Unterschied wäre, ob ein offizielles Dokument oder eine Dokumentation durch Dritte vorhanden sei. Aus diesem Grund bat er darum, über die bisherige Form der Niederschrift nachzudenken, um für die Öffentlichkeit und den historischen Hintergrund die Meinungsbildung im gesamten Prozess nachvollziehbar darstellen zu können.

Frau Oberbürgermeisterin Szabados verwies auf den § 14 der Geschäftsordnung und verlas die Punkte, welche eine Sitzungsniederschrift mindestens zu enthalten habe. Mit dem Beschlussprotokoll werden alle im § 14 der Geschäftsordnung genannten Punkte eingehalten.

Frau Oberbürgermeisterin Szabados sicherte zu, einen gewissen Verlauf in den Niederschriften der Stadtratssitzungen in Form von Schwerpunkten darzustellen, ohne dass jede einzelne Wortmeldung aufgeführt werde. Auf Antrag einzelner Stadträte oder Fraktionen erfolge zu den jeweiligen Tagesordnungspunkten ein Wortprotokoll.

Herr Paulsen, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, konnte den Ausführungen der Oberbürgermeisterin nicht zustimmen. Seines Erachtens wurden die bisherigen Niederschriften nicht so umfänglich dokumentiert und er sehe keinen Grund, diese Verfahrensweise zu ändern.

Weiterhin merkte **Herr Paulsen** an, dass Frau Raab, welche nicht mehr im Sitzungssaal anwesend war, ankündige, zu jedem Tagesordnungspunkt ein Wortprotokoll zu beantragen. Diesem könne er sich anschließen.

Insofern bat er darum, die Stadtratssitzungen in dem bisherigen Verlaufsprotokoll darzustellen.

Herr Bönisch, CDU-Fraktion, wies darauf hin, dass jeder Fraktion offen stünde, einen entsprechenden Antrag zur Änderung der Geschäftsordnung einzubringen und darüber die Darstellung der Sitzungsniederschriften zu regeln.

Frau Oberbürgermeisterin Szabados brachte zum Ausdruck, dass die Erstellung von Wortprotokollen für die Verwaltung einen geringeren Arbeitsaufwand bedeute. Die Verwaltung werde die Niederschriften auch weiterhin so darstellen, wie es ihres Erachtens zielführend sei. Sollte der Stadtrat in seiner Mehrheit nicht damit einverstanden sein, bestünden entsprechende Möglichkeiten darauf zu reagieren.

Herr Lange, Fraktion DIE LINKE., fragte bezogen auf die letzten beiden Unwetter in der Stadt Halle, ob die Verwaltung die umgestürzten Bäume auf Straßen und Gehwegen oder beispielsweise auch auf Grünflächen privater Unternehmen systematisch aufnehme.

Frau Oberbürgermeisterin Szabados sagte eine schriftliche Beantwortung zur Verfahrensweise der angesprochenen Problematik zu.

Herr Bönisch, CDU-Fraktion, fragte nach den finanziellen Mitteln des Eigenbetriebes ZGM. Die veranschlagten Mittel für den Eigenbetrieb ZGM wären in jedem Jahr zu gering bemessen und seinen Informationen zufolge für das Jahr 2011 bereits ausgeschöpft. Er fragte, ob dies korrekt sei und nach der weiteren Verfahrensweise.

Herr Neumann, Beigeordneter für Wirtschaft und Arbeit, bestätigte, dass die Mittel für den Eigenbetrieb ZGM sehr knapp wären und erklärte, dass im Wirtschaftsplan des Eigenbetriebes ZGM für das Jahr 2011 für den Unterhalt der Gebäude finanzielle Mittel in Höhe von 3,1 Mio. € eingestellt seien. Davon wären derzeit ca. 2,8 Mio. € an Maßnahmen gebunden, so dass bis Ende des Jahres lediglich die notwendigsten Arbeiten möglich wären. Die investiven Mittel seien im städtischen Haushalt eingestellt.

Innerhalb der Verwaltung wurde der Wirtschaftsplan des Eigenbetriebes ZGM für das Jahr 2012 bereits besprochen und der Ansatz durch Umschichtung und Einsparungen von Abrissen auf 3,5 Mio. € erhöht. Der eigentliche Bedarf zur Unterhaltung der Gebäude liege zwischen 5 und 6 Mio. €. Dies bedeute aber einen Aufwuchs im städtischen Haushalt.

Seiner Auffassung nach müsse versucht werden, weniger Fläche in Anspruch zu nehmen, die Verwaltung zu konzentrieren und beispielsweise durch die VNG-Mittel die Gebäude zu sanieren und zu ertüchtigen, so dass sich die Nebenkosten reduzieren. Dies wirke sich dann zwangsläufig positiv auf den städtischen Haushalt aus.

Herr Bönisch, CDU-Fraktion, fragte, ob aufgrund der geringen finanziellen Mittel das Dach nicht ordnungsgemäß gesichert war und beim letzten Unwetter nicht gehalten habe.

Frau Oberbürgermeisterin Szabados verneinte dies ausdrücklich und machte darauf aufmerksam, dass es im Vorfeld keinerlei Hinweise gab, dass das Dach nicht ordnungsgemäß befestigt war und eine Instandhaltung erforderlich sei.

Zudem brachte **Frau Oberbürgermeisterin Szabados** zum Ausdruck, dass die finanziellen Mittel durch den Eigenbetrieb ZGM effektiv eingesetzt werden sollen und dies derzeit seitens der Verwaltung untersucht werde. Ihres Erachtens wurden hier noch nicht alle Ressourcen seitens des Eigenbetriebes ZGM ausgeschöpft.

Herr Bönisch, CDU-Fraktion, fragte, ob mit der Verwaltungsspitze abgestimmt sei, beim Eigenbetrieb ZGM ein weiteres Personalerfassungssystem zu installieren. Er wies darauf hin, dass dies mit hohen Kosten verbunden wäre und dass im Ratshof bereits zwei verschiedene Personalerfassungssysteme vorhanden seien. Nun soll ein weiteres hochmodernes Erfassungssystem, welches über Mobilfunktelefone funktioniere, hinzukommen.

Frau Oberbürgermeisterin Szabados erklärte, dass ihr der Sachverhalt nicht bekannt sei und nahm den Hinweis auf. Sie werde sich über den Sachstand bei dem zuständigen Beigeordneten erkundigen.

Es gab keine weiteren Anfragen.

zu 10 **Anregungen**

Es gab keine Anregungen.

Frau Oberbürgermeisterin Szabados beendete die 24. öffentliche Sitzung des Hauptausschusses.

Dagmar Szabados
Oberbürgermeisterin

Anja Schneider
stellv. Protokollführerin